

Gemeinsame Stellungnahme der Fraktionen von SPD, UWG und FDP im Rat der Stadt Uslar

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe RatskollegInnen, verehrte Gäste,

Die erste Vorlage des 1. Nachtragshaushaltes 2023 wurde seinerzeit in der Sitzung des Finanzausschusses von der Tagesordnung abgesetzt. Es war gut und richtig, dass wir uns im Rat die nötige Zeit genommen haben, um diesen Nachtragshaushalt kritisch zu betrachten, da sich vor und während der Beratungsphase noch erhebliche Fragen stellten. Zwischenzeitlich konnten diese zum größten Teil geklärt werden, dennoch verbleiben Restzweifel an der Notwendigkeit dieses Nachtrages.

Wir sind weiterhin der Meinung, dass das Instrument der Haushaltssperre angemessen gewesen wäre, schließen uns aber der Argumentation der Verwaltung an, obwohl auch mit diesem Nachtragshaushalt keine Haushaltsausgleich herbeigeführt werden kann.

Mehr noch, denn der strukturelle Fehlbetrag im Jahr 2023 wird nun auf fast 6 Millionen (5.917.000 Euro) steigen, sofern dieser Nachtrag heute voraussichtlich beschlossen wird. Zum Vergleich, im letzten Haushaltsjahr lag der planerische Fehlbetrag bei rd. 470.000 Euro. Wir müssen nun feststellen, dass sich im Ergebnishaushalt die Erträge im Ansatz zum ursprünglichen Haushaltsplan 2023 (vor allem Gewerbesteuer, Gemeindeanteil der Einkommen- und Umsatzsteuer, etc.) verringern.

Dennoch stehen wir weiterhin ganz deutlich zu den Senkungen der Hebesätze in den vergangenen beiden Jahren.

Was uns Sorge bereitet, ist die Verschiebung von bereits beschlossenen und genehmigten Ansätzen im Investitionsprogramm. Wir hoffen, dass diese Verschiebung und erneute Veranschlagung nicht zu einem Problem bei der Genehmigung des Haushaltes 2024 führt. Hier sei darauf verwiesen, dass die Genehmigung des Haushaltsplanes 2023 durchaus kritische Worte bezüglich der Investitionstätigkeit und der hohen geplanten Verschuldung aufzeigt.

Der Haushaltsentwurf 2024 wird dem Rat zeitnah vorgelegt. Wir werden diesen kritisch und mit Augenmaß betrachten. Natürlich wollen wir unsere Stadt positiv gestalten, Bürger und Unternehmen nicht weiter belasten, Familien stärken, in die Zukunft unserer Kinder investieren, die Infrastruktur zukunftsfähig und klimafreundlich ausbauen, aber definitiv keine Versprechen oder Gefälligkeiten abgeben, wenn es der Allgemeinheit nicht dient. Das ist nicht redlich.